

BILDUNGSGIPFEL

Nichts Neues aus der »Bildungsrepublik«

Am 22. Oktober 2008 gab es in Dresden einen nationalen »Bildungsgipfel«, mit dem Bundeskanzlerin Merkel als Abschluss ihrer Reise durch die »Bildungsrepublik Deutschland« in erster Linie ihren Anspruch bekräftigte, dass Bildungspolitik Chefsache zu sein hat und oben auf ihrer Agenda steht. Im Sinne dieser Politik kommentierte die Bildzeitung vom Tag des Gipfels: »Deutschland ohne beste Bildung ist wie Saudi-Arabien ohne Erdöl – ein verdammt armes Land. Bildung muss nationale Aufgabe Nr. 1 sein.« Das spannende Thema im Vorfeld war denn auch die Frage, ob sich die Bundeskanzlerin mit ihrem Bundesanspruch gegen die Länderzuständigkeit behaupten könne.

Das Ergebnis der Gipfelberatung muss man als eher dünn bezeichnen. Bund und Länder einigten sich darauf, ihre Ausgaben für Bildung und Forschung bis zum Jahr 2015 auf 10 Prozent des Bruttoinlandsprodukts zu erhöhen. Zur Frage, wie dies verwirklicht werden kann, soll eine »Strategiegruppe« bis Ende 2009, also nach der nächsten Bundestagswahl, Vorschläge unterbreiten. Denn – das lernte man auch im Oktober 2008 – Rettungsaktionen mit einer halben Billion Euro sind nur im Falle des Finanzmarkts möglich, bei anderen Notständen sind die Kassen auf einmal wieder leer und jeder Euro muss zweimal umgedreht werden.

So gaben sich die meisten Kommentare enttäuscht, vom »symbolischen Akt«, vom »Ein-Bildungs-« oder »Showgipfel« war die Rede. In der öffentlichen Berichterstattung spielte dabei die Situation von Schule, Hochschule und Berufsbildung die entscheidende Rolle. Dass auch außerhalb des formalen Lernens – etwa in Jugendarbeit oder

Erwachsenenbildung – Bildungsprozesse stattfinden und einen wichtigen Beitrag zur Gestaltung einer »Bildungsrepublik« leisten könnten, kam dabei nicht zur Sprache. Dies entsprach der Ausrichtung des Gipfels und den Schwerpunkten, die er setzte.

Für ein umfassendes Bildungsverständnis

Einspruch dagegen kam von verschiedenen Bildungsorganisationen und Verbänden. Der DGB verwies z.B. in seinen zehn Thesen zum Gipfel (siehe unter: www.dgb.de) auf die Notwendigkeit, Weiterbildung solide zu finanzieren. Der »Rat der Weiterbildung – KAW« hatte sich vor dem Gipfel mit einem Brief an die Bundeskanzlerin gewandt und ihren Einsatz gewürdigt, das Thema Bildung genau in einer Zeit stark zu machen, in der zugleich Schwächen und Stärken der Bildungsentwicklung in Deutschland international wahrgenommen und diskutiert werden. Dabei erinnerte die KAW an den umfassenden Charakter der heutigen Bildungsaufgabe und an die Bedeutung des nicht-formalen Bereichs: »Besonders die Erwachsenen- und Weiterbildung ist in der Lage, auf gravierende Herausforderungen in fortgeschrittenen Wissens- und Dienstleistungsgesellschaften zu reagieren.«

In dem Schreiben der KAW heißt es weiter: »Die Probleme der Bildungsentwicklung erfahren in diesen Tagen eine zusätzliche Zuspitzung durch die weltweite Finanzkrise. Die daraus resultierenden Unwägbarkeiten dürfen aus Sicht des Rats der Weiterbildung – KAW allerdings auf keinen Fall zu einer Abschwächung der notwendigen

BMBF: »Lernen vor Ort«

Nach langer Vorbereitungszeit hat das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) Ende 2008 die Förderrichtlinien für das Programm »Lernen vor Ort« veröffentlicht. Im November wurden dazu drei regionale Informationsveranstaltungen durchgeführt. Nähere Informationen zu dem Programm erhält man auf der Seite www.lernen-vor-ort.info im Internet. Auf dieser Seite stehen auch die Förderrichtlinien zum Download bereit. »Lernen vor Ort« ist zentraler Bestandteil der Qualifizierungsinitiative der Bundesregierung, die sich unter dem Motto »Aufstieg durch Bildung« für mehr und bessere Weiterbildung in allen Lebensbereichen stark machen will. Das neue Programm knüpft an die regionale Netzwerkentwicklung der »Lernenden Regionen« an.

Mit dem neuen Programm will das BMBF in enger Kooperation mit Stiftungen und Kommunen ganzheitliche Konzepte zum Lernen im Lebenslauf unterstützen, bei denen alle Lernphasen der Bildungsbiografie Berücksichtigung finden sollen. Wesentliches Merkmal solcher Konzeptionen ist dabei die Zusammenführung der unterschiedlichen Zuständigkeiten, die für Bildung in der Kommune bestehen, sowie die Einbeziehung aller wichtigen Bereiche, insbesondere der Familienbildung, der frühkindlichen Bildung, der Angebote für Übergangsphasen, der allgemeinen und der beruflichen Weiterbildung – unter besonderer Berücksichtigung einer ganzheitlichen Betrachtung individueller Bildungsbiografien.

Investitionen im Bildungsbereich führen. Für den Bereich des Lebenslangen Lernens ist es insbesondere notwendig, die Rahmenbedingungen für eine ›Weiterbildung mit System‹ – wie es in der Koalitionsvereinbarung formuliert wurde – zu stärken. Bildungszeitkonten und Bildungsprämien sind zwar wichtige Neuerungen, reichen aber für eine substanzelle Erhöhung der Weiterbildungsbeteiligung in allen sozialen Milieus nicht aus.«

Bereiche des Lernens verzähnen

Die KAW betonte ferner, dass die vom Bildungsministerium vorgelegte »Konzeption der Bundesregierung zum Lernen im Lebenslauf« eine sinnvolle Zusammenfassung der anstehenden Aufgabe biete. Es müsse darum gehen, die verschiedenen Bereiche des Lernens miteinander zu verzähnen und für alle sozialen Gruppen in Deutschland Rahmenbedingungen zu schaffen, unter denen die sich ständig ändernden Herausforderungen bewältigt werden könnten – »zur individuellen Kompetenzentwicklung wie zum Nutzen des Gemeinwohls«. Für die Entwicklung eines Systems der Weiterbildung mangelt es laut KAW nicht an guten Ideen und Absichtserklärungen: »Wir erinnern nachdrücklich an die Koalitionsvereinbarungen, an die Empfehlungen des Innovationskreises Weiterbildung und an viele Expertisen der vergangenen Jahre. Wir bitten Sie, Sorge zu tragen, dass die im Koalitionsvertrag festgehaltenen Punkte umgesetzt werden.« Die Erhöhung der Weiterbildungsbeteiligung, Bildungsberatung, stabile Formen der Weiterbildungsförderung, Verbesserung der Chancengerechtigkeit, Kooperation der Träger, Lernen in regionalen Kontexten sind Stichpunkte, die aus Sicht der KAW dringend weiterverfolgt werden sollen. Diese Aufgaben seien nicht von Bund, Ländern oder Kommunen alleine zu bewältigen, sondern nur in Kooperation mit den Trägern der Erwachsenenbildung.

Auf die Bedeutung der außerschulischen Bildung machte auch der

Bundesausschuss Politische Bildung (bap) aufmerksam, in dem die großen Bildungsträger, darunter auch die katholische Erwachsenenbildung, zusammenarbeiten. Der bap hatte im Vorfeld eine Erklärung »Für ein umfassendes Bildungsverständnis!« abgegeben (siehe unter: www.bap-politischebildung.de) und darauf hingewiesen, dass bei dem Gipfeltreffen

zentrale Bildungsbereiche, speziell die allgemeine und politische Jugend- und Erwachsenenbildung, fehlten. Der bap erinnerte u.a. an den 12. Kinder- und Jugendbericht, der auf Bildung als »unabdingbaren Kern der Jugendarbeit« hingewiesen hatte. Maßnahmen der Kinder- und Jugendarbeit wie der allgemeinen und politischen Erwachsenenbildung trügen

Stellungnahme des Bundesausschusses Politische Bildung (bap):

Mehr Bildungsgerechtigkeit!

Zu einer »Bildungsrepublik Deutschland« gehören strukturelle Veränderungen für mehr Bildungsgerechtigkeit! Bildung entscheidet über die politische und soziale Einheit unseres Landes. Deutschland verfügt über ausreichende professionelle Akteure, die mit an den Tisch und auf die Agenda eines Bildungsgipfels gehören. Wir stellen fest:

- Bildung ist der Schlüssel zur Integration. Es muss daher »Bildung für alle« geben. Vor allem aber muss »alle Bildung« für alle und von Anfang an zugänglich sein. Junge Menschen ohne Schulabschluss, mit geringen Aussichten auf eine Ausbildung oder einen Arbeitsplatz verarmen nicht nur durch die fehlende Erwerbstätigkeit. Ihnen droht auch die geistige, emotionale und politische Armut, wenn Bildung auf ihre wirtschaftliche Verwertbarkeit reduziert wird. Ein zukunftsfähiges Deutschland braucht ein umfassendes Kompetenzverständnis. Persönlichkeitsentwicklung, politische Bildung und Teilhabe dürfen nicht zum Luxusgut werden!
- Dafür notwendige Kompetenzen werden vor allem in nicht-formalen und informellen Zusammenhängen vermittelt, die an die Lebenswelt und die Interessen der Lernenden anknüpfen. Dies gilt vor allem für sozial- und bildungsbenachteiligte Zielgruppen. Nur Ganzheitlichkeit, Durchlässigkeit und die Anerkennung der Gleichwertigkeit unterschiedlicher Bildungsmöglichkeiten und Bildungswege könnten einen Beitrag zu einem gerechteren Bildungssystem leisten!
- »Durchlässigkeit und Verzahnung der Bildungsbereiche« muss vom Schlagwort zur Realität werden. Wenn wir »gemeinsam Bildung in Deutschland stärken« wollen, müssen Bildungspartner aller Bereiche auf gleicher Augenhöhe einbezogen werden.
- Staatliche Bildungsinvestitionen müssen auch Investitionen in nicht-formale Bildungsmöglichkeiten sein. Die notwendige Finanzierung von Schulen und Hochschulen darf nicht durch Umschichtung aus anderen Bildungsbereichen geleistet werden, dazu zählen auch die Kinder- und Jugendhilfe sowie die allgemeine Weiterbildung!
- Der Staat darf sich nicht aus der Finanzierung einzelner Bildungsbereiche zurückziehen. Die thematische Einschränkung auf berufliche Qualifizierung und die Kompetenzstreitigkeiten im Vorfeld des Bildungsgipfels zeugen von einem mangelnden politischen Willen, die guten Absichten tatsächlich umzusetzen und dafür sowohl Konzepte als auch eine ausreichende Finanzierung zu verabreden. Wir brauchen grundlegende Reformen. Damit sollte nun endlich begonnen werden. Sonst bleibt die »Bildungsrepublik« nicht mehr als ein Schlagwort.

auch laut aktuellem Bildungsbericht zum Erwerb sozial-kommunikativer Kompetenzen bei und ermöglichten Bildungsprozesse auf der Grundlage von aktiver und verantwortlicher Mitwirkung. Während auf europäischer Ebene die Notwendigkeit einer vielfältigen Bildungslandschaft mit dem Konzept des Lebenslangen Lernens und den europäischen Schlüsselkompetenzen Konsens sei, setze die deutsche Bildungspolitik nach wie vor allein auf die formale Bildung und die berufliche Weiterbildung.

Weiter heißt es in der Erklärung: »Nicht die außerschulischen und außerbetrieblichen Maßnahmen der vielfältigen freien Bildungsträger in Deutschland sind Gegenstand des Bildungsgipfels, sondern vereinzelte, medienwirksame Initiativen potenter Wirtschaftspartner, die mit 3,5 Mio. € finanziert bekommen, was zahlreiche Träger vor Ort seit Jahren mit knappen öffentlichen Mitteln und großem individuellen Engagement umsetzen. Denen werden stattdessen die öffentlichen Mittel gekürzt ...« Fazit: »Der Blick auf Bildungsmöglichkeiten in Deutschland bleibt verengt. Er richtet sich nahezu ausschließlich auf die ökonomische Verwertbarkeit von Bildung. Die ›Qualifizierungsinitiative‹ der Bundesregierung zeigt es: Hier werden schon die frühkindliche und Grundschulbildung unter das Prinzip des Wirtschaftsstandorts Deutschland gestellt. Bildungsnotstand in Deutschland wird vor allem identifiziert als Notstand der Wirtschaft an gut ausgebildeten Mitarbeitern; ›gesellschaftliche Teilhabe‹ wird vor allem definiert als ökonomische Teilhabe. ›Die Bildungsrepublik ist ein Land, das den Zusammenhalt in der Gesellschaft stärkt‹, sagt Bundesbildungsministerin Schavan. Das, so glauben wir, ist dann richtig, wenn auch Bürgerkompetenzen gefördert werden, die die Voraussetzung sind für individuelle Lebenschancen und gesellschaftliche Teilhabe.« Abschließend formulierte der bap fünf Bildungserfordernisse unter dem Titel »Mehr Bildungsgerichtigkeit!« (siehe Kasten).

js

ANTIRASSISMUS

Bildungsarbeit ist gefordert

Verschiedene Vorfälle der letzten Zeit – wie der viel beachtete Anti-Islamkongress »rechtspopulistischer« Parteien in Köln, aber auch wissenschaftliche und pädagogische Konferenzen – haben dem Thema Antirassismus neuen Nachdruck verliehen. Erwachsenenbildung ist hier ebenfalls gefordert (vgl. die Anmerkungen »zur Notwendigkeit antirassistischer Bildungsarbeit« in EB 2/07). Dazu einige aktuelle Hinweise.

Von Rassismus zu reden bedeutet eine politisch-moralische Zuspitzung: Fremdenfeindlichkeit, Tendenzen der ethnischen, geschlechtlichen oder sozialen Diskriminierung, Vorurteile und Stammtischparolen werden mit der verallgemeinernden Bezeichnung – gerade in Deutschland – in eine historische Tradition und einen politischen Kontext eingeordnet, die unübersehbar den Ernst der Lage deutlich machen. So erscheinen derlei Phänomene nicht mehr – tendenziell verharmlost – als diffuse Symptome infolge gesellschaftlicher Desintegrationstendenzen oder als anthropologisch begründetes »Revierverhalten« zorniger junger Männer, sondern sie werden in ihrer politischen Brisanz hervorgehoben.

Dass es angesichts der aktuellen Entwicklungen pädagogisch sinnvoll ist, eine solche begriffliche Zuspitzung vorzunehmen, betonte Pädagogik-Professor Albert Scherr bei der Fachtagung »(Re-)Produktion von Rassismus«, zu der im November 2008 zahlreiche Pädagogen aus Theorie und Praxis, Studierende und Migrations-/Integrationsexperten in Köln zusammengekommen waren. Die Tagung wurde vom Lehr- und Forschungsbereich Politikwissenschaft in Zusammenarbeit mit der Forschungsstelle für interkulturelle Studien (FiSt) der Universität Köln und dem Institut für Kindheit, Jugend und Familie der Fachhochschule Köln veranstaltet (weitere Informationen unter: www.hf.uni-koeln.de).

Dass mit der Zuspitzung, die auf politischer Ebene an verschiedenen Stellen gerade erwünscht ist – man denke an das Beispiel Antisemitismus –, praktische und theoretische Fragen aufgeworfen werden, machte die Kölner Tagung ebenfalls deutlich. Scherr wies als Erstes darauf hin, dass die Konsequenz einer solchen Klarstellung nicht die Etablierung eines moralisierenden, ausgrenzenden Diskurses sein dürfe, der Rassisten brandmarkt. Zudem zeigten gerade die Erfahrungen aus Schule und Hochschule, die während der Tagung eingebracht wurden, die relative Ohnmacht der einzelnen Akteure im Rahmen eines vorgegebenen »institutionellen« oder »strukturellen Rassismus«. Ziel müsste es also sein, die objektiv vorherrschende rassistische Logik kritisch aufzugreifen.

Logik des Rassismus

Die strukturellen und institutionellen Hintergründe themisierte die Konferenz vor allem am Beispiel der pädagogischen Selektion, also an dem seit den PISA-Studien auch empirisch eindeutig belegten Sachverhalt, dass das deutsche Bildungssystem Spaltenreiter beim Ausschluss von Kindern und Jugendlichen aus der viel beschworenen Wissensgesellschaft ist und dass aufgrund struktureller Bedingungen eine solche »Sortierung« entlang ethnischer oder sozialer Grenzen verläuft – ein Prozess, der ohne bekennende Diskriminierungsabsicht stattfindet. Im Rahmen der Tagung wurde herausgestellt, dass der biologistisch gerechtfertigte Rassismus mit naturdeterministischen Fremd- und Selbstzuschreibungen gesellschaftlich eine geringere Bedeutung im öffentlichen Diskurs einnimmt. Zwar ist der Biologismus nicht ausgestorben, doch weiß jeder ernsthafte politische Akteur, dass er sich von Blut-und-Boden-Parolen fernzuhalten hat. Sortierungs-Projekte

und -Prozeduren werden verstärkt »kulturalistisch« begründet. Weil zum Beispiel die muslimische Kultur, die in ihren Heimatregionen eine segensreiche Wirkung entfalten mag, hier »bei uns« – in der christlich-abendländischen oder anders bestimmten nationalen Leitkultur – nicht hineinpasst, gibt es Konflikte, so das gängige Muster.

Universalschlüssel

Die Kulturfrage bezeichnete auch den entscheidenden Punkt der theoretischen Debatte, die auf der Kölner Konferenz geführt wurde. Kultur kann unter Umständen als das moderne, quasi-natürliche Substitut des Rassenbegriffs Verwendung finden; sie droht als Universalschlüssel zu fungieren, der die Prägung und Festlegung der Menschen und damit der Konfliktlinien ihres Zusammenlebens erschließt. Eine elaborierte Form stellt das Bild vom »Kampf der Kulturen« dar. Das heißt natürlich nicht, dass das Feststellen von kulturellen Differenzen unmittelbar zum Rassismus führt oder dass Kultur aus den weltweiten wie innenpolitischen Konflikten auszuklammern wäre. Notwendig für die weitere Diskussion, so der Konsens der Konferenz, erscheint eine Klärung der politisch-ökonomischen Zusammenhänge, in die die kulturellen Fragen einzuordnen sind. Besondere Bedeutung wurde der Verbindung von Rassismus und gesellschaftlicher Ungleichheit bzw. »Klassenstruktur« beigemessen. Der Klassencharakter moderner Industriegesellschaften war ja lange ein Tabuthema, er wird aber im Zuge der neueren Diskussionen über bildungsferne Zielgruppen oder über die Konsequenzen der Armutsforschung wieder stärker thematisiert. Für die Erwachsenenbildung erbrachte die Tagung vor allem zwei wichtige Punkte: Zum einen wurde deutlich, dass das allgemeine Ausbildungssystem durch seine Selektionsstruktur im Grunde einen »pädagogischen Determinismus« befördert und dass hier – im Sinne einer Mindestforderung – gerade außerschulische Angebote andere

Lernerfahrungen ermöglichen sollten. Denn wenn sich schon in der Schule bei großen Bevölkerungsteilen das Bewusstsein verfestigt, Lernversager zu sein, bleibt das Postulat des lebenslangen Lernens ein frommer Wunsch, der die bekannten problematischen Zielgruppen nicht erreicht.

Zum anderen wurden in der Kritik an konventionellen Ansätzen der interkulturellen Pädagogik auch Schwachpunkte der außerschulischen Bildung deutlich. Das gilt etwa für die Begegnungsveranstaltungen, die in Jugend- und Erwachsenenbildung beliebt sind und bei denen sich die Teilnehmer

über die Besonderheiten der eigenen und der fremden Kultur austauschen – Ähnliches wäre übrigens im Blick auf den internationalen Austausch zu diskutieren. Wenn sich in solchen Veranstaltungen die Einzelnen als Repräsentanten eines ethnischen oder sonstigen Kollektivs begegnen und auf solche Weise Toleranz – zu Deutsch: Duldung – im Blick auf Fremdheitserfahrung trainieren sollen, findet gerade keine Kritik der kulturalistischen Konstruktionen statt, gegebenenfalls wird eine solche Auseinandersetzung sogar erschwert.

Leif O. Mönter

GEW: Bundesregelungen für die Weiterbildung

»Notstand: Weiterbildung in Deutschland. Das Weiterbildungsdesaster verhindert Wachstum, Innovationen und Lebensperspektiven. Wir brauchen mehr öffentliche Verantwortung.« So lautet die Kernaussage einer Stellungnahme, die die gewerkschaftliche Bildungsinitiative von GEW, ver.di und IG Metall zum Jahresende 2008 vorgelegt hat.

Die Initiative »Bundesregelungen für die Weiterbildung« hatte zu Beginn des Jahres 2000 erstmals ihre Vorschläge zur Gestaltung eines zukunftsfähigen Weiterbildungssystems in Deutschland vorgestellt und in der Folge verschiedene Publikationen vorgelegt (vgl. EB 2/06). Acht Jahre später, »nach zwei hochtrabenden, aber nicht eingelösten Koalitionsvereinbarungen deutscher Bundesregierungen zum Ausbau der Weiterbildung sowie einer bildungsfeindlichen Föderalismusreform«, stellt GEW-Vorstandsmitglied Stephanie Odenwald jetzt fest, dass Deutschland im internationalen Vergleich eine beschämend nachrangige Position einnehme und dass Weiterbildung die soziale Selektion verschärfe, statt sie zu kompensieren.

Da das System finanziell und konzeptionell nicht zukunftsfähig sei und als Innovations- und Wachstumsbremse wirke, hat sich die gewerkschaftliche Initiative erneut zu Wort gemeldet. Sie

fordert die Bundesregierung und den Bundestag auf, Bundesregelungen für die Entwicklung eines leistungsfähigen Weiterbildungssystems zu beschließen. Die Initiative ist der Auffassung, dass ein Bundesgesetz ein möglicher und gangbarer Schritt für eine dringend erforderliche öffentliche Weiterbildungspolitik sei, die die Bildungslandschaft aktiv gestaltet und sie nicht dem Markt überlässt.

Für lebenslanges Lernen als selbstverständlicher und kalkulierbarer Teil von Biografien fehlten nach wie vor institutionelle, finanzielle, zeitliche und organisatorische Voraussetzungen. Zukunftsweisend sei deshalb nur ein Gesamtkonzept, das ein Recht auf Weiterbildung sichert, Lernzeitansprüche sowie ausreichende Finanzierung, Beratung und Qualität vorsieht und das geeignet ist, mehr Verbindlichkeit, Verlässlichkeit und Planungssicherheit für alle Beteiligten herzustellen. Bundesregelungen für die Weiterbildung müssten auch, so Odenwald, als gesellschaftliche und wirtschaftliche Investitionen in die Zukunft unseres Landes verstanden werden. Bezug der Broschüre »Notstand: Weiterbildung in Deutschland« bei: GEW, Reifenberger Straße 21, 60489 Frankfurt/M., Tel. 069/78973325, E-Mail: stephanie.odenwald@gew.de, Internet: www.gew.de. js

Nationaler Qualifikationsrahmen

Anfang 2008 wurden die Empfehlungen zu einem Europäischen Qualifikationsrahmen (EQR) verabschiedet (vgl. EB 2/08). Mit dem EQR soll ein europaweit gültiges, bildungsbe-reichsübergreifendes Bezugssystem geschaffen werden, das auch dazu beiträgt, den Wert nicht-formaler und informeller Bildung hervorzuheben, Vergleichbarkeit mit formal erworbenen Bildungsleistungen herzustellen und dadurch im Sinne lebenslangen Lernens den Anreiz zu erhöhen, dass entsprechende Angebote anerkannt und genutzt werden. Dies wird in Deutschland jetzt mit der Erarbeitung eines nationalen Qualifikationsrahmens (DQR) fortgesetzt. Die nationalen Qualifikationssysteme sollen bis 2010 an den EQR angelehnt und es soll sichergestellt werden, dass bis 2012 alle neuen Zeugnisse, Diplome und Europass-Dokumente einen Verweis auf das betreffende Niveau des EQR enthalten.

Zweite Phase

Nach der ersten Phase bis Frühjahr 2008, in der ein vom Bildungsministerium berufener Arbeitskreis tätig war, begann die zweite Phase, die bis zum Frühjahr 2009 läuft. In ihr soll ein Modell für den DQR mit einer Beschreibung der Kompetenzen für die einzelnen Niveaustufen und einer Zuordnung bestehender Abschlüsse zu den Niveaustufen erarbeitet werden. Das Modell soll dann in einer dritten Phase erprobt und justiert werden und nach Beschlussfassung durch BMBF und KMK 2010 in die Umsetzungsphase (bis Ende 2012) gehen. Ob dabei die außerschulische Bildung, also das nicht-formale Lernen, angemessen berücksichtigt wird, ist zweifelhaft. Darauf wies letzt Theo W. Länge, Vorsitzender des Bundes-ausschusses Politische Bildung (bap),

in seinem Aufsatz »Ein Schritt zurück? Vom europäischen zum deutschen Qualifikationsrahmen« hin (Praxis Politische Bildung 4/08).

Länge hat sich auch im November 2008 mit einem Schreiben an den Arbeitskreis DQR beim BMBF gewandt und seine Bedenken vorgetragen, dass »weder im konzeptionellen noch im konkreten Arbeits- und Vorbereitungsprozess auf nationaler Ebene ... eine ernsthafte Einbeziehung nicht-formaler Bildungsbereiche wie der Jugend- und Erwachsenenbildung« spürbar sei. Die Einführung des DQR auf formales Lernen beginne bereits bei der Zusammensetzung des Arbeitskreises, in dem die allgemeine Jugendbildung oder Weiterbildung nicht vertreten sei. Auf EU-Ebene hätten dagegen Parlament und Rat den nicht-formalen Bildungsbereich als unverzichtbare Säule eines umfassenden Bildungssystems in Europa gewertet und die vor allem durch politische Bildung vermittelte »Bürgerkompetenz« als eine von acht Schlüsselkompetenzen für das lebensbegleitende Lernen herausgestellt.

In diesem Sinne meldete der bap stellvertretend für den außerschulischen Bildungsbereich Korrekturbedarf an den bisherigen Ergebnissen des Arbeitskreises DQR an und drang auf eine Berücksichtigung des nicht-formalen und informellen Bildungsbereichs. Wenn hier keine Nachbesserung erfolge, so Länge, bleibe die Rede von einem »bildungsbereichs-übergreifenden Referenzsystem« eine praktisch bedeutungslose Deklaration.

Möglicherweise wird das Anliegen der Weiterbildungsszene auch von anderer Seite Unterstützung erfahren. So hat die Bildungsgewerkschaft GEW über die Max-Traeger-Stiftung ein Gutachten zum DQR in Auftrag gegeben, das 2009 vorgelegt werden soll.

Weiterbildungsklima

Beim Weiterbildungsklima sind Berlin, Hamburg, Bayern und Baden-Württemberg Spitzenreiter. Bremen, Thüringen und Mecklenburg-Vorpommern hingegen haben die niedrigsten Klimawerte. Dies sind Ergebnisse einer Untersuchung des Bundesinstituts für Berufsbildung (BIBB) und des Deutschen Instituts für Erwachsenenbildung (DIE) zum Weiterbildungsklima 2007. Eine Mehrheit der Anbieter wurde im Rahmen des Weiterbildungsmonitors wbmonitor zu ihrer aktuellen wirtschaftlichen Lage und ihren Erwartungen für die nahe Zukunft befragt. Der daraus in Anlehnung an den ifo-Geschäftsklimaindex errechnete Klimaindex für die Weiterbildung lag Ende 2007 bei +26 (auf einer Skala von -100 bis +100). Der wirtschaftliche Aufschwung des letzten Jahres kommt demnach auch bei der Weiterbildung an, allerdings – wie im Falle der Gesamtwirtschaft konstatiert – nicht überall und bei allen in gleichem Maße.

Ein erheblicher Unterschied im Klima ist demzufolge zwischen Anbietern beruflicher und allgemeiner Weiterbildung. Das positive Gesamtbild wird von den Einrichtungen geprägt, die berufliche Bildung anbieten. Ihr Klimawert von +30 liegt über dem Durchschnitt. Mit einem Anteil von 56% stellen sie auch die größte Anbietergruppe. Weniger rosig sehen dagegen die Einrichtungen ihre Lage, die ausschließlich allgemeine, politische oder kulturelle Bildung anbieten. Ihr Klimawert liegt bei nur +0,6. Sie stellen mit einem Anteil von 6% allerdings auch die kleinste Teilgruppe. 38% aller Einrichtungen bieten sowohl berufliche als auch allgemeine Weiterbildung an. Ihr Wert mit +20 liegt deutlich näher bei dem der Einrichtungen, die ausschließlich berufliche Weiterbildung anbieten. Die höchsten Klimawerte weisen private Anbieter mit +34 und selbstständige Trainer mit +37 aus, die niedrigsten Werte Einrichtungen der Kirchen, Gewerkschaften und Volkshochschulen. Nähere Infos: www.bibb.de.

Neuer Bildungsbedarf ökonomische Bildung

Die politische Erwachsenenbildung hat sich in den letzten Jahren verschiedentlich mit den Forderungen aus der Wirtschaft und ihren Verbänden auseinandergesetzt, ökonomische Bildung zu verstärken (siehe Kasten). Diese Notwendigkeit ist jetzt allgemein anerkannt – aber anders, als sich das die marktwirtschaftliche Lobby vorgestellt hat.

Finanzkrise

Mit der internationalen Finanzkrise, die im Oktober 2008 in ihr manifestes Stadium trat, ist offenbar geworden, dass nicht nur die Statisten der globalisierten Marktwirtschaft, sondern auch ihre Akteure mit den Mechanismen des Wirtschaftssystems – praktisch und intellektuell – überfordert sind. Hatte es in der letzten Zeit noch großspurige Stellungnahmen von Wirtschaftsverbänden, so vom deutschen Bankenverband, gegeben, man müsse für die Bildungsarbeit ein eigenständiges Ökonomie-Curriculum schaffen, das besonders die Chancen und Leistungen des Marktes herausstellt und den Bedenkenträgern entgegentritt (vgl. Praxis Politische Bildung 4/08), so herrscht heute Krisenstimmung.

Vom Marktversagen ist allenthalben die Rede, der Neoliberalismus wird unisono als eine Verirrung gegeißelt, und vom Kapitalismus allgemein oder seiner Turbo-, Raubtier-, Kasinoverision etc. heißt es, dass er, um die Formulierung des Ahlener Programms aufzugreifen, den Lebensinteressen des deutschen Volkes nicht gerecht geworden sei. Ganze Abteilungen aus dem Globalisierungsdiskurs der letzten beiden Jahrzehnte, die postnationale Konstellation oder die weltwirtschaftlichen Fortschritte betreffend, werden Makulatur, neue Frontstellungen zwischen den geschädigten Nationen

machen sich, bei allem Bewusstsein von der Notwendigkeit koordinierter Intervention, bemerkbar. Und last, but not least werden ausgehend vom amerikanischen Mutterland des Kapitalismus staatliche Rettungsaktionen, ja Verstaatlichungsmaßnahmen in die Wege geleitet, wie sie in Deutschland bislang noch nicht einmal die Linkspartei zu fordern wagte. So wird ganz nebenher die beliebteste Sachzwangsideologie der letzten Jahre – die Kassen sind leer, der Staat muss sparen – außer Kraft gesetzt. Musste sich bislang jede noch so bescheidene sozial- oder bildungspolitische Wohltat die Frage gefallen lassen, wie es denn mit der Gegenfinanzierung stehe, so reicht jetzt das Wort einer Kanzlerin oder eine parlamentarische Hauruckaktion, um gigantische Milliardenbeträge zur Verfügung zu stellen und deren Solidität zu verbürgen.

Angesichts der allgemeinen Verunsicherung ist natürlich auch die Erwachsenenbildung gefragt, wenn es nun darum geht, eine breite gesellschaftliche Auseinandersetzung über die Folgen der Krise und über die Auswege aus dem politökonomischen Desaster zu führen. Die Bildungsarbeit sollte das als eine eigenständige Aufgabe wahrnehmen und sich nicht – wie es bei den Medien teilweise der Fall war – von der Politik für eine allgemeine Vertrauenswerbung einspannen lassen. Wenn sich jetzt herausstellt, dass der Markt nicht das Allheilmittel ist, als das er immer gepriesen wurde, kann es nicht der Sinn pädagogischer Maßnahmen sein, Optimismus zu predigen und die Menschen zu beruhigen, damit sie ihr Geld auf der Bank lassen und auf die nächste Aufschwungphase hoffen. Aus dem Desaster sind Konsequenzen zu ziehen. Man muss wohl »auch Strukturen verändern«, wie es Erzbischof Reinhard Marx, der Ende 2008 sein Buch »Das Kapital – Ein Plädoyer

für den Menschen« vorlegte, im Spiegel-Interview (44/08) formulierte. Die Anspielung auf den Namensvetter und sein berühmtes Opus wählte der Bischof mit seiner Publikation bewusst: Es sei nicht zu übersehen, dass »Marx jetzt eine Renaissance erlebt«. Dabei erinnerte der Kirchenmann nicht nur an Nell-Breunings berühmtes Wort über die katholischen Sozialethiker (»Wir stehen alle auf den Schultern von Karl Marx«), sondern betonte explizit die Aktualität der Marx'schen Analyse.

Reinhard Marx, der aus der katholisch-sozialen Erwachsenenbildung kommt, machte auch erstaunliche Bemerkungen zum immer noch vorherrschenden antikommunistischen Geist, der jedwede Kapitalismuskritik ins Abseits zu stellen versucht: »Wir katholischen Sozialethiker haben das philosophische Werk von Marx nie einfach mit Stalin oder mit Gulags identifiziert. Man kann Marx nicht alles in die Schuhe schieben, was bestimmte Epigonen gemacht haben.« Beim Angriff auf die Eigentumsordnung, dem Kern

Die Akademie für politische und soziale Bildung Haus am Maiberg hat 2008 eine Dokumentation ihrer Fachtagung über politische und ökonomische Bildung vom Frühjahr 2007 veröffentlicht. Herausgeber sind Gerd Steffens, Professor für Politikdidaktik, und Akademie-Direktor Benedikt Widmaier. Der Band versammelt Beiträge zu der Debatte, die in den letzten Jahren durch Forderungen der Wirtschaft nach einer Verstärkung ökonomischer Bildung ausgelöst wurde. Die Publikation »Politische und ökonomische Bildung – Konzepte, Leitbilder, Kontroversen« kann gegen eine Unkostengebuhr von 5 € beim Haus am Maiberg (info@haus-am-maiberg.de) bestellt werden.

der Kritik der politischen Ökonomie von Marx, Engels und Co., könne die katholische Soziallehre jedoch keine Zugeständnisse machen.

Hier wirkt bei Reinhard Marx eine Tradition der Soziallehre nach, die seit der Enzyklika *Rerum novarum* auf der »Heiligkeit« des Eigentums besteht – eine Position, zu der in der katholischen Tradition auch andere Vorstellungen entwickelt wurden. Doch sind abweichende Standpunkte oder alternative Ausgestaltungen des Eigen-

tumsprinzips, siehe den »Laborismus« der katholisch-sozialen Arbeiterbildung nach dem Zweiten Weltkrieg, marginal geblieben. Aus gegebenem Anlass, nämlich der gigantischen Eigentumsvernichtung durch die Märkte und der globalen wie nationalen Fortexistenz eigentumsloser Massen, wäre das naturrechtliche Prinzip, das Privateigentum und Privatwirtschaft für sakrosankt erklärt, einer Prüfung zu unterziehen.

Eine solche Überprüfung sollte sich auch auf eine andere katholische Konstante, auf die antisozialistische Tradition, beziehen. Seit dem 19. Jahrhundert, als die erste große Sozialencyklika Leos XIII. erschien und der Volksverein für das katholische Deutschland gegründet wurde, war es immer das Bestreben der Kirche, mit ihrem sozialen Engagement sozialistischen Umtrieben entgegenzutreten. Nicht das Los der Arbeiter, sondern ihr Auftreten als Arbeiterbewegung wirkte als treibendes Motiv, sozial- oder bildungspolitische Maßnahmen auf den Weg zu bringen. »Antisozialismus aus Tradition?« – so lautete auch das Memorandum, das der Bensberger Kreis vor über 30 Jahren vorlegte und mit dem er, nach dem definitiven Ende der Adenauer-Ära, eine Öffnung der katholischen Soziallehre vor allem im Blick auf die Sozialdemokratie forderte. Bei Reinhard Marx fühlt man sich an diese Traditionslinie erinnert, die sich einer unverwüstlichen Haltbarkeit bis ins 21. Jahrhundert zu erfreuen scheint. Der Erzbischof beschließt das Spiegel-Interview damit, dass er über sein politisches Interesse bei der Befassung mit dem verrufenen Namensvetter Auskunft gibt: Es gehe ihm um eine »Auseinandersetzung mit der Linken, mit der Renaissance marxistischer Politik«. Er bestätigt explizit, dass er sich mit seiner öffentlichen Stellungnahme gegen die Linkspartei wendet, »die ihre Vergangenheit nicht aufgearbeitet hat«. Vielleicht wäre es endlich an der Zeit, nachdem sich vieles von der marxistischen Analyse bestätigt hat, von den alten, reaktiven Mustern Abschied zu nehmen?

js

Bildungsmesse didacta

Die nächste Bildungsmesse didacta findet vom 10. bis 14. Februar 2009 in Hannover statt. Ca. 700 Aussteller werden in vier Hallen ihre Angebote präsentieren, und zwar zum gesamten Bildungswesen vom Kindergarten über Schule/Hochschule und Ausbildung/Qualifikation bis zu Weiterbildung/Beratung. Infos: www.didacta.de.

UNESCO-Weltkonferenz

Die UNESCO-Weltkonferenz Bildung für nachhaltige Entwicklung wird vom 31. März bis 2. April 2009 in Bonn stattfinden. Zu der Konferenz, die von der UNESCO und vom deutschen Bildungsministerium organisiert wird, werden mehr als 700 Teilnehmer aus aller Welt erwartet. Hauptanliegen der Weltkonferenz sind die Erörterung der Relevanz der Bildung für nachhaltige Entwicklung für die Bildungsqualität insgesamt, der internationale Austausch zur Bildung für nachhaltige Entwicklung insbesondere zwischen Ländern des Nordens und des Südens, eine Bestandsaufnahme der bisherigen Umsetzung der UN-Dekade und die Entwicklung von Strategien für weitere Aktivitäten. Infos: www.esd-world-conference-2009.org.

Sachverständigenrat für Integration und Migration

Als Gemeinschaftsprojekt haben Ende 2008 acht deutsche Stiftungen den »Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration« ins Leben gerufen. Das unabhängige wissenschaftliche Expertengremium soll in Jahresberichten und Gutachten Stellung zu integrations- und migrationspolitischen Themen beziehen. Ziel ist es, die Politik in Bund, Ländern und Gemeinden sowie die Zivilgesellschaft mit wissenschaftlich fundierten, handlungsorientierten Empfehlungen zu begleiten. Die acht Stiftungen (darunter Mercator-, Volkswagen- und Bertelsmann-Stiftung) stellen rund 1,7 Millionen Euro für den Aufbau des Sachverständigenrats in den kommenden drei Jahren zur Verfügung.

»Anders als die existierenden Sachverständigenräte ist dieser nicht von der Politik, sondern von der Zivilgesellschaft berufen. Das verleiht ihm als unabhängiges Gremium ein besonderes Gewicht«, so Rüdiger Frohn, Vorsitzender des Mercator-Kuratoriums. »Ein solcher Zusammenschluss ist ein Novum im deutschen Stiftungswesen. Denn hier geht es nicht primär um die gemeinsame Finanzierung, sondern darum, sich im Stiftungsverbund zu einem gesellschaftspolitischen Thema zusammenzufinden und Lösungsansätze zu entwickeln«, sagte Dr. Wilhelm Krull, Generalsekretär der VolkswagenStiftung und Vorsitzender des Bundesverbandes Deutscher Stiftungen. Zum Vorsitzenden des Sachverständigenrats wurde der international renommierte Migrationsforscher Prof. Klaus J. Bade gewählt. Der Sachverständigenrat soll im ersten Jahr unter anderem ein sogenanntes Integrationsbarometer entwickeln. Dieses Erhebungsinstrument soll ab Herbst 2009 jährlich Menschen mit und ohne Migrationshintergrund befragen und so Aufschluss über ihre Einstellungen, Meinungen und Stimmungen geben.

Infos: www.svr-migration.de.

Forschungslandkarte Erwachsenenbildung online

Initiiert von der Sektion Erwachsenenbildung der Deutschen Gesellschaft für Erziehungswissenschaft (DGfE) und dem Deutschen Institut für Erwachsenenbildung (DIE) wurden 2007 in einer Umfrage erstmalig an deutschen Hochschulen Informationen über Projekte erhoben, in denen Fokus Forschungsfragen zur Erwachsenen- und Weiterbildung und zum lebensbegleitenden Lernen stehen. Rund 200 Forschungsarbeiten fanden so Eingang in die »Forschungslandkarte Erwachsenen- und Weiterbildung«, die jetzt die Projekte auf der Website des DIE online präsentiert (www.forschungslandkarte.info). Die Forschungslandkarte wurde außerdem um rund 120 am DIE angesiedelte Vorhaben ergänzt, sodass erstmals ein Überblick über die wesentlichen Forschungsaktivitäten zum lebensbegleitenden Lernen Erwachsener möglich ist. Die Forschungslandkarte will mit ihren Informationen eine Grundlage für zukünftige Forschungsprojekte, aber auch für Bildungspraktiker undbildungspolitische Entscheider liefern. Ein am Forschungsmemorandum orientierter Katalog garantiert den Nutzern einen schnellen inhaltlichen Einstieg in aktuelle und abgeschlossene Projekte zu einem Themenbereich. Darüber hinaus ist eine bequeme Recherche etwa nach Personen, Institutionen oder Stichworten möglich. Bei differenzierteren Fragestellungen können darüber hinausgehende Datenbankabfragen vom DIE realisiert werden. Prof. Joachim Ludwig (Universität Potsdam), Vorsitzender der Sektion Erwachsenenbildung der DGfE, hat die bisher erhobenen Informationen ausgewertet. Die ersten Einblicke in die Forschungslandschaft zeigen demnach, dass ein deutlicher Schwerpunkt auf dem Gebiet »Lernen Erwachsener« liegt und ein Trend in der Verbindung quantitativer und qualitativer Forschungsmethoden er-

kennbar ist. Die Forschungslandkarte dient somit nicht nur der Darstellung, sondern auch der Profilbildung der Weiterbildungswissenschaft. Die Sektion Erwachsenenbildung der DGfE hat alle Akteure an deutschen, ös-

terreichischen und schweizerischen Hochschulen eingeladen, sich aktiv an der Forschungslandkarte zu beteiligen. Ab sofort können Informationen zu Forschungsprojekten von den beteiligten Personen online ergänzt bzw. neue Vorhaben eingegeben werden. Ansprechpartner in der DGfE-Sektion: Joachim Ludwig, E-Mail: ludwig@unipotsdam.de; Ansprechpartnerin im DIE: Karin Frössinger, E-Mail: froessinger@die-bonn.de.

Alphabetisierungsprojekt – auch in Deutschland

In Deutschland gibt es schätzungsweise vier Millionen funktionale Analphabeten. Daran erinnerte der Bundesverband Alphabetisierung und Grundbildung e.V. anlässlich des Weltalphabetisierungstages, der weltweit am 8. September begangen wird. Die Vereinten Nationen haben zur Unterstützung der Alphabetisierungsarbeit die Weltalphabetisierungsdeka-de 2003 bis 2012 ausgerufen.

Forschungsbedarf

Weltweit können 781 Millionen Erwachsene nicht lesen und schreiben. Spätestens seit den PISA-Studien ist bekannt, dass Deutschland im Vergleich mit anderen Ländern einen erheblichen Nachholbedarf bei der Grundbildung hat. Jedes Jahr verlassen etwa 75.000 Jugendliche die Schulen ohne Hauptschulabschluss. Viele von ihnen verfügen nicht über die erforderlichen Mindestqualifikationen, um einen Beruf zu erlernen. Ohne ausreichende Kenntnisse im Lesen, Schreiben und Rechnen haben sie kaum eine Chance am Arbeitsmarkt. »Funktionale Analphabeten können trotz Erfüllung der Schulpflicht nur so gut lesen und schreiben wie Kinder in der ersten oder zweiten Klasse«, so Peter Hubertus, Geschäftsführer des Bundesverbandes.

Wie viele Erwachsene in Deutschland

von funktionalem Analphabetismus betroffen sind, ist allerdings nicht bekannt. Schätzungen gehen von vier Millionen Betroffenen aus. Derzeit wird mit Förderung des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) eine Vorstudie durchgeführt, die die Machbarkeit einer empirischen Untersuchung zur Ermittlung der Größenordnung des funktionalen Analphabetismus prüft. An dieser Vorstudie sind u.a. das Deutsche Institut für Erwachsenenbildung (DIE) und der Bundesverband Alphabetisierung beteiligt. Die Kooperationspartner haben inzwischen die Durchführung einer Hauptstudie empfohlen.

»Die Politik braucht verlässliche Daten, um begründete Entscheidungen treffen zu können«, so Hubertus. Wie die Bildungspolitik nach dem PISA-Schock Reformen in den Schulen möglich gemacht habe, so müsste auch das nachgewiesene Ausmaß des funktionalen Analphabetismus zum Ausbau von Grundbildungangeboten für Erwachsene führen. Präventive Maßnahmen in Kindergarten und Grundschule seien wichtig, müssten aber durch Angebote zum Lesen- und Schreibenlernen für Erwachsene ergänzt werden. Das Problem sei die Finanzierung. Während Integrationskurse mit Alphabetisierung für Ausländer vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge gefördert werden, sind

für die Finanzierung von Lese- und Schreibkursen für deutschsprachige Erwachsene die Bundesländer zuständig. Das Kursangebot, das häufig von Volkshochschulen bereitgestellt wird, sei allerdings nicht ausreichend. Der Bund hingegen konzentriert sich auf die Projektförderung. Immerhin 30 Millionen Euro stellt das Bundesminis-

terium für Bildung und Forschung bis Ende der Weltalphabetisierungsdekade zur Verfügung. Dazu Hubertus: »Projekte sind gut, Forschung ist erforderlich und sehr begrüßenswert, aber wir brauchen mehr bezahlbare Kurse, auch intensive Lernmöglichkeiten für Menschen ohne Arbeit.« Der Verband vertritt als bundesweit tätige Nicht-

regierungsorganisation seit über 20 Jahren die Interessen von funktionalen Analphabeten in Deutschland. Auf seine Initiative wurde am 8. September die Alfa-Stiftung für Alphabetisierung und Grundbildung ins Leben gerufen (Näheres dazu auf der Homepage des Bundesverbandes: www.alphabetisierung.de).

Perspektive Bildungsberatung

Zu einem Eckpfeiler beim Aufbau einer Strategie des lebenslangen Lernens für alle entwickelt sich die Bildungsberatung. Zu oft scheitern Interessenten bei ihren Lernbemühungen, weil sie nicht das adäquate Angebot gefunden haben, ihre Kapazitäten falsch einschätzen oder im laufenden Lernprozess ungenügend unterstützt werden. So anerkannt wichtig Bildungsberatung auch ist, so wenig ist sie in Deutschland fest etabliert. Interessenten wissen – sieht man einmal von einigen Modellprojekten ab – wenig darüber, welche Beratungsmöglichkeiten ihnen offenstehen. Auch in diesem Feld hinkt Deutschland übrigens hinter anderen Ländern her, die im OECD-Vergleich deutlich besser abschneiden.

Der W. Bertelsmann Verlag in Bielefeld lag also mit seiner 5. Fachtagung »Perspektive Bildungsberatung« am 29./30. Oktober 2008 genau im Trend. Mehr als 250 Teilnehmende aus dem gesamten Bundesgebiet machten deutlich, dass die Dringlichkeit des Themas in Bildungspolitik, -wissenschaft und -praxis gesehen wird. In einem Eingangsstatement plädierte Jörg Knoll (Universität Leipzig) für einen persönlichkeitsorientierten Beratungsansatz und warnte vor einer »Verzweckung« der Beratung. Stefan Luther (Bundesministerium für Bildung und Forschung) räumte ein, dass es bislang kein kohärentes Beratungssystem gebe und machte auch wenig Hoffnung, dies kurzfristig installieren zu können. Allerdings habe der Bund namentlich in den

»Lernenden Regionen« Modelle innovativer Bildungsberatung gefördert, die Leuchtturmcharakter hätten und zur Nachahmung empfohlen werden könnten. Die Fachtagung präsentierte anschließend in sechs Fachforen das ganze Spektrum von Beratungsangeboten – von der Karriereberatung über den ProfilPass bis zu webgestützten virtuellen Beratungsansätzen. Ein Schwerpunkt der Diskussion war die Professionalität der Bildungsberater. Während Bernd-Joachim Ertelt (Heidelberg/Mannheim) vehement für eine grundständige Ausbildung plädierte, wie er sie innerhalb der Bundesagentur für Arbeit für die Berufsberatung installiert hat, gingen andere Ansätze – etwa die Lernertypenberatung VeLE der Katholischen Bundesarbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung – von ohnehin in der Weiterbildung verbreiteten Ad-hoc-Beratungen aus, die besser fundiert und in den Lernprozess integriert werden müssten. Originelle Neuentwicklungen wie die Berliner Lernläden, mit denen zugleich neue Lernorte außerhalb von Schulen und traditionellen Bildungseinrichtungen kreiert werden, fanden große Aufmerksamkeit. Einen breiten Raum nahm die Debatte um die zukünftige Finanzierung der Weiterbildungsberatung ein. Forderungen von Ursula Herdt (Nationales Forum Beratung in Bildung, Beruf und Beschäftigung) nach einem staatlichen Förderprogramm stießen bei den Vertretern der Wirtschaft und der Kultusministerien auf deutlichen Widerstand. Dabei wurde aber eingeräumt, dass

sich obligatorische Beratung in speziellen Problembereichen, etwa bei der Einführung des Bildungsschecks in Nordrhein-Westfalen, bewährt habe. Die aktuelle Herausforderung liege deshalb darin, Schwerpunkte bei der Beratung bislang eher Lern- und Bildungsgewohnter zu setzen.

rh

VON PERSONEN

Der Bundesarbeitskreis Arbeit und Leben (AL), der vom Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) und dem Deutschen Volkshochschul-Verband (DVV) getragen wird, hat einen neuen Vorstand. Als erster Vorsitzender wurde von der Mitgliederversammlung **Dr. Dieter Eich**, Geschäftsführer des DGB-Bildungswerkes, wiedergewählt. **Gundula Frieling**, stellvertretende Verbandsdirektorin des DVV, wurde als zweite Vorsitzende gewählt. **Dietmar Hexel**, Mitglied des Geschäftsführenden DGB-Bundesvorstandes, wurde in seinem Amt als Präsident bestätigt.

Heinz Niepötter, Direktor der Katholischen Erwachsenenbildung (KEB) im Bistum Hildesheim, ist zum neuen Leitenden Direktor der KEB Niedersachsen bestellt worden. Er hat sein Amt am 1. Dezember 2008 angetreten.

Ulrich Vollmer ist der neue Bundessekretär des Kolpingwerkes Deutschland. Vollmer, der bisher ehrenamtlich im Kolpingwerk tätig war, hat die Nachfolge des verstorbenen **Bernhard Hennecke** angetreten.

Stuntebeck verabschiedet



Verabschiedung von Hubert Stuntebeck in Hannover

Im Beisein von über 180 Gästen aus Erwachsenenbildung, Kirche und Politik verabschiedete die Katholische Erwachsenenbildung im Lande Niedersachsen ihren leitenden Direktor, Hubert Stuntebeck, in den Ruhestand. Seit 1983 im Dienst der KEB und nach vier Jahren zu deren Gesamtleiter berufen, beeinflusste Stuntebeck die Leitlinien niedersächsischer Bildungspolitik und übernahm mit seinem ausgleichenden Wesen, so Staatssekretär Dr. Josef Lange, vielfach die »Funktion des Brückenbauers« zwischen den oft konträr zueinander liegenden Positionen der Bildungsträger. Hubert Stuntebeck sei ein Glücksfall für die Erwachsenenbildung und »der richtige Mann am richtigen Ort zur richtigen Zeit« gewesen.

Die Verabschiedung begann mit einem Gottesdienst in der Clemens-

kirche unter der Leitung von Bischof Norbert Trelle, in dem dieser der Erwachsenenbildung die Rolle der »Lebensbegleitung für Menschen auf der Suche« zuschrieb. Ihre Aufgabe sei es, den Dialog zwischen der christlichen Botschaft und einer weitgehend säkularen Welt zu ermöglichen und dabei die Frage nach Gott wachzuhalten. Wie Jesus müsse sie an die Ränder gehen und auch die bildungsfernen Schichten der Menschen in den Blick nehmen. In weiteren Grußworten brachten der Vorsitzende der Katholischen Bundesarbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung (KBE), Dr. Bertram Blum, der Vorsitzende des Niedersächsischen Bundes für freie Erwachsenenbildung, Dr. Jürgen Walther, sowie als Vertreter der Konföderation der evangelischen Kirchen, Willhelm Niedernolte, ihren Dank und ihre Anerkennung für die langjährige fruchtbare Zusammenarbeit zum Ausdruck.

Alois Becker erneut Vorsitzender der AKSB

Dr. Alois Becker wurde in der Mitgliederversammlung der Arbeitsgemeinschaft katholisch-sozialer Bildungswerke in der Bundesrepublik Deutschland (AKSB) in der Akademie Schwerte für weitere drei Jahre zum Aksb-Vorsitzenden gewählt. Bereits seit 1999 steht damit der 62-jährige Direktor der Akademie Klausenhof und stellvertretende Vorsitzende der Katholischen Bundesarbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung (KBE) an der Spitze der bundesweit tätigen Fachorganisation für katholisch-sozial orientierte politische Jugend- und Erwachsenenbildung in Deutschland. In seiner Rede betonte Dr. Becker, die Arbeitsgemeinschaft sei in ihrer bundesweiten Zusammenarbeit trotz widriger allgemeiner Rahmenbedingungen gut aufgestellt. Dennoch müsse in der bildungspolitischen Diskussion stärker denn je der Stellenwert der nicht-formalen Bildung verdeutlicht werden. Nicht alles, was gelernt werde, könne allein unter dem Gesichtspunkt der Zweckmäßigkeit gesehen werden.

Formale und nicht-formale Bildung, so Dr. Becker, müssten sich daher ergänzen und bereichern. Die Verdienste der non-formalen Bildung hinsichtlich der personalen Selbstentfaltung, der erfolgreichen Lebensführung und der politischen Partizipation seien mittlerweile wissenschaftlich belegt. Neu in den Aksb-Vorstand wählte die Mitgliederversammlung den 50-jährigen Benedikt Widmaier, seit 1998 Direktor der Akademie für politische und soziale Bildung der Diözese Mainz »Haus am Maiberg« in Heppenheim (Hessen). Bei der Mitgliederversammlung zogen der Aksb-Vorsitzende Dr. Becker und Aksb-Geschäftsführer Lothar Harles zudem ein positives Resümee der Aksb-Jahrestagung, die unter dem Motto »Am Puls der Zeit« vom 24. bis 25. November ebenfalls in der Akademie Schwerte stattfand. Im Mittelpunkt dieser Tagung hatte die »Konvention über katholisch-sozial orientierte politische Jugend- und Erwachsenenbildung der Aksb« gestanden, die als

Grundlage für die ideelle, inhaltliche, didaktische und strukturelle Zusammenarbeit der Arbeitsgemeinschaft hinsichtlich ihrer Aktualität und ihrer wissenschaftlichen Anschlussfähigkeit überprüft worden war. Das Fazit von Dr. Becker und Harles: »Unsere Konvention ist auch zehn Jahre nach der Verabschiedung noch aktuell und bietet eine gute Grundlage für unsere politische Bildungsarbeit.«



Dr. Alois Becker (li.) und Benedikt Widmaier